



Jugendpolitische Leitlinien des Landesjugendrings NRW 2017 – 2022

Antragstellende:

Vorstand Landesjugendring NRW

Jugend ermöglichen – Zukunft denken

Junge Menschen stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Sie sollen ihren Platz in der Gesellschaft finden, dabei einen guten Schul-, Berufs- oder Studienabschluss machen und einen eigenen Beitrag zum Gelingen und für die Zukunft der demokratischen Gesellschaft leisten.

Dabei werden sie häufig alleine gelassen und ihr sozioökonomischer Hintergrund, ihre eigenen Vorstellungen von einem guten Leben und ihre Träume werden zu wenig berücksichtigt.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht, der von der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, beschreibt umfassend und aktuell die Lebenslagen der 12- bis 27-Jährigen in Deutschland.

Dabei verdeutlicht er u.a., dass „die zur Verselbstständigung führenden Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung und die Selbstpositionierung im Sinne der Herausbildung eigener Vorstellungen und Werte sowie das Ausbalancieren sozialer Zugehörigkeiten als Aufgabe gesehen werden müssen, bei denen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Gesellschaft insgesamt – aber insbesondere von den sie begleitenden Institutionen – Unterstützung erhalten müssen.“ (Beschluss des Bundesrates 115/17) Der Bericht lenkt den Blick also neben der Kernherausforderung „Qualifizierung“ auch auf die Kernherausforderungen „Verselbstständigung“ und „Selbstpositionierung“, da das Gelingen noch nicht ausreichend im gesellschaftlichen Fokus stehe.

Als Jugendverbände, in denen junge Menschen sich selbst organisieren, wissen wir, wie wichtig es für eine menschliche und demokratische Gesellschaft ist, dass junge Menschen sich in Gruppen ausprobieren, Standpunkte entwickeln und Haltungen einüben können. Wir beobachten, dass der Schritt aus der Familie heraus in die (ökonomische) Selbstständigkeit nicht leicht ist. Ob ein junger Mensch die Möglichkeit zu einem guten Aufwachsen und einen züversichtlichen Blick auf die Zukunft haben kann, hängt in Deutschland immer noch wesentlich vom sozioökonomischen Hintergrund ab. Um dem entgegenzuwirken, braucht es Ebenen übergreifend eine Jugendpolitik, die sich in alle Felder einmischt, die für junge Menschen relevant sind – von der Migrationspolitik

bis zur Infrastruktur. Alle Politikfelder müssen die Belange junger Menschen beachten und ihnen in ihrem Handeln Rechnung tragen.

Besonders in diesen Zeiten, in denen der Ruf nach starken Persönlichkeiten und einfachen Lösungen in der Gesellschaft einen großen Widerhall findet, reicht es nicht aus, Demokratie auf Wahlen zu reduzieren – zumal von diesen viele junge Menschen aufgrund ihres Alters oder ihrer Nationalität ausgeschlossen sind. Demokratie ist vielmehr ein Prozess, der auf den unteilbaren Menschenrechten basieren muss. Dabei ist zu beachten, dass nicht alle die gleichen Ressourcen haben und Ausdrucksmöglichkeiten wählen. Insbesondere die Meinungsbildung und -äußerung Jugendlicher wird von Entscheidungsträger_innen häufig als unpolitisch missverstanden. Gleichzeitig verbringen junge Menschen viel Zeit ihres Lebens in Institutionen, in denen Demokratie kaum gelebt wird, sondern Disziplin und Leistung zählen.

Aus all diesen Gründen ist und bleibt eine Etablierung einmischender Jugendpolitik nötig.

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

- **das Wahlalter abgesenkt wird.**
- **es ein Wahlrecht für alle Menschen gibt, die in Deutschland dauerhaft leben.**
- **die Institutionen des Aufwachsens demokratisiert sind.**
- **ein „Jugendcheck NRW“ eingeführt wird, mit dem überprüft werden kann, ob das Handeln von Politik und Verwaltung die Rechte junger Menschen auf Teilhabe, Schutz und Partizipation fördert.**
- **die Landesregierung Regelungen und Maßnahmen, die junge Menschen nicht schützen, sondern benachteiligen, abschafft und sich hierfür auch auf Bundesebene einsetzt.**

Freiräume schaffen

Erwartungs- und Erfolgsdruck lastet auf jungen Menschen und erschwert es ihnen, eigene Wege auszuprobieren, Fehler zu machen, zu experimentieren und selbst zu gestalten. Dabei handelt es sich jedoch um wichtige Elemente der Persönlichkeitsentwicklung. Auch der 15. Kinder- und Jugendbericht betont die Relevanz von Freiräumen, um u.a. die Kernherausforderungen der Selbstpositionierung angehen zu können.

Dabei verfügen insbesondere junge Menschen aus marginalisierten Milieus häufig über eine geringe örtliche und soziale Mobilität. Freiräume für junge Menschen zu ermöglichen bedeutet auch, Gettoisierung zu verhindern und jugendliche oder subkulturelle Ausdrucksformen politisch ernst zu nehmen. Für junge Menschen auf dem Land ist der Ausbau der Infrastruktur besonders relevant – nicht nur, aber auch, wenn sie sich in ihrer Freizeit engagieren möchten. Sich einzubringen – mit Gleichaltrigen, für ein Anliegen, das einem_einer wichtig ist, um etwas auszuprobieren oder um Gemeinschaft zu erleben – ist für viele junge Menschen von Bedeutung. Allerdings stoßen sie immer wieder an Grenzen, wenn Zeit, Ressourcen oder einfach die Anerkennung fehlen und der gesellschaftliche Druck, sich selbst zu optimieren und den Erwartungshaltungen gerecht zu werden, hoch ist.

Der Landesjugendring NRW, u.a. mit vielen Partner_innen zusammen im Bündnis für Freiräume, will erreichen, dass

- **junge Menschen mehr unverzweckte Zeit haben, über die sie selbst entscheiden können.**
- **öffentlicher Raum zur Verfügung steht, aus dem junge Menschen nicht verdrängt werden, sondern den sie mitgestalten können.**
- **eine mit auskömmlichen Ressourcen ausgestattete Jugendhilfe und Jugendhilfeplanung Freiräume vor Ort für junge Menschen ermöglicht.**
- **Stadtentwicklungsplanung und die Entwicklung ländlicher Räume junge Menschen und ihre Bedarfe berücksichtigt.**
- **ehrenamtliches Engagement in Schule, Ausbildung und Studium stärker berücksichtigt wird.**
- **die Mobilität junger Menschen in NRW verbessert wird, z.B. durch die Einführung eines kostengünstigen, landesweit gültigen Tickets für Azubis.**

Digitale Gerechtigkeit herstellen

Den Chancen und Risiken der Digitalisierung begegnen junge Menschen in nahezu all ihren Lebensbereichen – insbesondere auch auf dem sich veränderten Arbeitsmarkt, der digitale Kompetenzen erwartet und voraussetzt. Kommunikation, Information und Freizeitgestaltung sind wie Bildung und Qualifizierung ohne Digitalisierung schon heute kaum und künftig gar nicht mehr vorstellbar. Dem tragen schulische und außerschulische Bildung bislang nur unzureichend Rechnung – insbesondere wenn man bedenkt, wie unterschiedlich das Nutzungsverhalten sich entlang sozioökonomischer Milieus oder mit Blick auf die Geschlechter gestaltet. Der im internationalen Vergleich ohnehin schon schlechte Zugang ist insbesondere für junge Menschen im ländlichen Raum noch zusätzlich erschwert.

Das Internet ist ein wichtiger Ort der Meinungsbildung und politischen Teilhabe für junge Menschen. Junge Menschen betreiben und folgen Blogs und Vlogs, sie positionieren sich mit eigenen Beiträgen sowie Interaktionen mit Inhalten anderer. Politische Bildung muss soziale Netzwerke und Apps insofern ernst nehmen und junge Menschen bei der Einordnung von Informationsquellen unterstützen. Junge Menschen brauchen starke und informierte Verbündete, um der ungewollten Nutzung ihrer Daten, aber auch Cybermobbing oder Sexting entgegenzutreten zu können. Sie brauchen Ansprechpartner_innen, die sich für sie und ihre Themen interessieren und ihnen einen selbstbewussten und selbstbestimmten Umgang mit den immer wieder neuen Optionen ermöglichen.

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

- **breitbandige, kabelgebundene und mobile Internetzugänge ausgebaut werden.**
- **junge Menschen in allen Bildungsbereichen dazu befähigt werden, die vielfältigen Möglichkeiten des Netzes selbstbestimmt zu nutzen.**
- **junge Menschen sich online an (auch im engeren Sinne) politischen Prozessen beteiligen können sowie in Debatten um ethische Fragen einbezogen werden.**
- **junge Menschen das Recht auf vollständige Datensouveränität haben.**
- **Werbung in allen Medien eindeutig gekennzeichnet wird und junge Menschen konsequent vor gefährdenden Inhalten geschützt werden.**
- **die Gleichwertigkeit der Lernorte Ausbildungsbetrieb und Berufsschule vor dem Hintergrund der Digitalisierung erhalten bleibt. Hierzu bedarf es massiver Investitionen in die Ausstattung mit digitaler Infrastruktur an den Berufsschulen, um neue Ausbildungsinhalte abbilden zu können.**

Bildung jugendgerecht gestalten

Erziehung zur Mündigkeit ist (nicht nur) Ziel und Inhalt der Jugendverbandsarbeit. Um den eigenen Standpunkt zu erkennen, um nicht nur zu funktionieren, sondern Gesellschaft auch zu hinterfragen und zu verändern, braucht es eine Bildung, die den gesellschaftlichen Hintergrund, vor dem sie agiert, nicht ausblendet. Für den Landesjugendring NRW spielt auch die politische Bildung eine wichtige Rolle. Es ist selbstverständlich, dass politische Bildung thematisch nicht eingeeengt wird. Jugendverbandsarbeit denkt dabei politische Bildung und handelndes Engagement als ganzheitlichen Ansatz zusammen.

Um als dritte Säule neben Schule und Familie an Stabilität zu gewinnen, braucht die Jugendarbeit verlässliche Ressourcen. Zugleich reflektiert sie sich selbst und entwickelt ihre Barrierefreiheit weiter. Grundwerte der Jugendverbandsarbeit wie Freiwilligkeit, Mitwirkung und Selbstorganisation sind wertvoll, damit ganzheitliche Bildung gelingt. Sie steht angesichts der sich verändernden formalen Bildungssysteme weiterhin vor der Herausforderung, als Bildungsakteur im Rahmen kommunaler Bildungslandschaften entsprechend ihren Qualitäten miteinbezogen zu werden.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht stellt der Ganztagschule ein durchwachsendes Zeugnis aus. Ihre Konzepte seien häufig noch nicht ausreichend partizipativ und altersadäquat. Auch beim Abbau von Bildungsbenachteiligung habe die Ganztagschule ihr Potenzial noch nicht ausgeschöpft. Insgesamt sei der Zusammenhang von sozioökonomischem Hintergrund und formalen Bildungskarrieren immer noch erschreckend stark.

Der Landesjugendring NRW stellt klar: Der freie Zugang zu Bildung ist eine notwendige Bedingung einer solidarischen Gesellschaft – dazu gehört für uns die Lernmittelfreiheit, aber auch der Abbau „unsichtbarer“ Barrieren. Bildung darf nicht als Privileg bestimmter Gruppen aufgefasst werden. Kostenfreie Bildung muss allen jungen Menschen zustehen – natürlich auch jungen Menschen mit Behinderungen. Das Ziel einer inklusiven Bildung im engeren und weiteren Sinn darf nicht in den Hintergrund treten.

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

- **alle jungen Menschen – unabhängig z.B. von Aufenthaltsstatus oder Bleibeperspektive – Zugang zu kostenfreier Bildung haben. Dazu gehören insbesondere die Lernmittelfreiheit und die Abschaffung bzw. Nichteinführung jeglicher Studiengebühren.**
- **die Bildungsorte demokratisiert sind und die Jugendselfvertretungen und -organisationen – von Schüler_innenvertretungen über Jugendauszubildendenvertretungen bis hin zu kommunalen Jugendringen – gestärkt werden.**
- **politische Bildung Priorität und politischen Rückhalt erhält und entsprechende Ressourcen geschaffen werden.**
- **gemeinsame Konzepte zur partizipativen Gestaltung von Bildungslandschaften und -netzwerken erarbeitet werden. Dazu gehört, dass Kinder- und Jugendarbeit als gleichberechtigter Bildungsakteur anerkannt und ausgestattet wird.**
- **rhythmisierte Unterricht umgesetzt wird, bei dem Freiräume und Beteiligung grundlegend sind.**

NRW als Migrationsland stärken

Nordrhein-Westfalen ist und bleibt ein Migrationsland. Circa ein Drittel aller schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen haben eine „Zuwanderungsgeschichte“. Viel zu oft erleben viele dieser jungen Menschen Ausgrenzung, beispielsweise bei der Wohnungs- und Ausbildungsplatzsuche.

Während in einer globalisierten Welt internationale Erfahrungen, z.B. durch Austauschprogramme zu Recht gefördert werden, werden bestimmte familiäre Migrationserfahrungen und multiple Muttersprachen als Stigma behandelt. Junge Menschen, die selbst oder deren Familien eine Zuwanderungsgeschichte haben, sehen sich mit strukturellem und konkretem Rassismus konfrontiert.

In besonderem Maße stoßen junge Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus oder „Bleibeperspektive“ auf existenzielle Hürden – so teilen sie immer noch das aufenthaltsrechtliche Schicksal ihrer Eltern statt andersherum. Ihre Unterkünfte sind selten kinder- oder jugendgerecht. Sind sie älter als 18 Jahre, werden die Barrieren zur Teilhabe noch höher. Ihnen wird viel früher eine Verselbstständigung abverlangt und ihr Zugang zu formaler Bildung wird erschwert.

Selbst wenn sie schon lange geduldet in NRW leben, sind sie von der migrationsfeindlichen Stimmung im Land betroffen. Das gilt z.B. für Roma, die in „sichere Herkunftsstaaten“ mit ausgeprägtem Antiziganismus zurückkehren sollen. Menschenfeindliche und -verachtende Stimmung und Politik ist für den Landesjugendring NRW nicht akzeptabel.

Der Landesjugendring NRW will erreichen, dass

- **für junge Menschen und ihre Familien dauerhaft ein Abschiebestopp gilt.**
- **die Residenzpflicht endgültig abgeschafft wird.**
- **NRW Migration zulässt und sich für offene Fluchtwege einsetzt.**
- **die politisch Verantwortlichen die Einhaltung der UN-Kinderrechte im Umgang mit jungen Geflüchteten in allen Bereichen sicherstellen.**
- **die Landesregierung sich im Bundesrat dafür einsetzt, dass das Jugendhilferecht weiterhin in Deutschland für alle jungen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Aufenthaltsstatus – angewendet wird.**
- **die Landesregierung u.a. gemeinsam mit dem Landesjugendring NRW konkrete Möglichkeiten erarbeitet, wie alle Kinder und Jugendlichen in NRW – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen Entwicklungschancen erhalten.**
- **Migrant_innenjugendselbstorganisation als wichtige Ansprechpartner_innen und Träger der Jugendarbeit u.a. in der Arbeit mit jungen Geflüchteten anerkannt und gefördert werden.**

Hierfür wird sich der Landesjugendring NRW im Sinne junger Menschen einmischen – damit unsere Gesellschaft Jugend ermöglicht.